

Aktuelle Kurzmeldung für Sie zusammengestellt

Für die Richtigkeit kann keine Gewähr übernommen werden

20.12.18 - DIW: Deutsche Wirtschaft wächst im vierten Quartal um gut 0,3 Prozent

Die deutsche Wirtschaft beendet das Jahr 2018 nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) "mit ordentlichem Wachstum". **Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im vierten Quartal um gut 0,3 Prozent höher ausfallen als im Vorquartal, sagte das Institut voraus. "Somit wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um voraussichtlich 1,5 Prozent gewachsen sein."**

20.12.18 - BVR: Deutsche Wirtschaft bleibt 2019 auf Wachstumskurs

Die deutschen Genossenschaftsbanken sehen Deutschland auch im kommenden Jahr auf Wachstumskurs. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) rechnet für 2019 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Der Verband nahm seine Prognose gegenüber dem Sommer damit um 0,1 Prozentpunkte zurück. "Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer im Aufschwung, allerdings hat sich das konjunkturelle Gesamtbild im Vergleich zum Sommer weiter eingetrübt", sagte BVR-Vorstandsmitglied Andreas Martin.

20.12.18 - RWI: Trend im Welthandel bleibt positiv

Der Containerumschlag-Index des RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist im November auf 133,7 von revidiert 135,1 zurückgegangen. "Das Minus kommt nicht überraschend, hatte der Index doch im Oktober einen neuen Höchststand erreicht, der nun gegenüber der Schnellschätzung sogar noch um 0,5 Punkte nach oben korrigiert wurde", erklärten die Wirtschaftsforscher.

18.12.18 - RWI senkt Wachstumsprognosen für 2018, 2019 und 2020

Das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung ist angesichts dämpfender Effekte durch die Automobilindustrie skeptischer für das deutsche Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren.

Das Essener Institut nahm seine Prognose für die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in diesem Jahr von 1,8 auf 1,4 Prozent zurück. Für 2019 wurde die Vorhersage von 1,7 auf 1,4 Prozent und für 2020 von 1,9 auf 1,6 Prozent gesenkt. "Von den Exporten sind weiterhin keine Impulse zu erwarten und die binnenwirtschaftliche Dynamik schwächt sich ab", erklärten die Ökonomen.

Aufgrund von Problemen in der Automobilindustrie habe sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im zweiten Halbjahr 2018 ausgesprochen schwach entwickelt. Dieser dämpfende Einfluss auf die Produktion werde im Jahr 2019 allmählich schwinden, und eine expansive Finanzpolitik werde Impulse geben. "Ausschlaggebend für unsere Revision ist, dass die Probleme in der Automobilindustrie sich als hartnäckiger erweisen als zunächst erwartet

und dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld ungünstiger darstellt", sagte RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn.

Zwar dürften die Probleme in der Automobilindustrie bei der Einführung des Abgasmessverfahrens WLTP in den kommenden Monaten auslaufen und zu einem Anstieg der Pkw-Produktion führen. "Es gibt aber auch Zeichen, dass sich der Produktionstrend generell verlangsamt hat, worin sich der Dieselskandal und der sich abzeichnende Übergang zur Elektromobilität widerspiegeln könnten."

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich nach der Prognose der Wirtschaftsforscher verlangsamen, die Arbeitslosenquote aber weiter auf 4,8 Prozent im kommenden Jahr und 4,5 Prozent im Jahr 2020 zurückgehen. Die Inflationsrate dürfte demnach in den nächsten beiden Jahren jeweils 1,8 Prozent betragen. Die öffentlichen Haushalte werden demnach 2019 und 2020 voraussichtlich Überschüsse von 37 respektive 30 Milliarden Euro erzielen.

17.12.18 - Bundesbank erwartet für 4. Quartal "merkliches Wachstum"

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass es nach dem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) im dritten Quartal im vierten Jahresviertel zu einer Gegenbewegung kommen wird. In ihrem aktuellen Monatsbericht für Dezember schreibt die Bundesbank: "Nach dem deutlichen Dämpfer im Sommer dürfte die deutsche Wirtschaft im Jahresschlussquartal 2018 wieder merklich expandieren." Zwar sei die konjunkturelle Grundtendenz gegenwärtig nur verhalten aufwärtsgerichtet, doch dürfte die von Schwierigkeiten mit einem neuen Emissionsmessverfahren gebremste Kfz-Produktion nach und nach wieder hochgefahren werden.

13.12.18 - Ifo-Institut nimmt Wachstumsprognosen deutlich nach unten

Das Münchner Ifo-Institut blickt in seiner Winterprognose pessimistischer auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Die Ökonomen erwarten für das laufende Jahr nur noch ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent und damit 0,4 Prozentpunkte weniger als im Herbst. Für das kommende Jahr lautet die Schätzung sogar nur noch auf ein Plus von 1,1 Prozent. Bisher lag sie ebenfalls bei 1,9 Prozent.

"Die durch die Autoindustrie ausgelöste Schwächeperiode zieht sich noch bis 2019 hin. Zudem dämpfen mannigfache Unsicherheiten die Weltkonjunktur, vor allem Brexit, Italien und die US-Handelspolitik", begründete Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser den schwächeren Ausblick. Damit werde sich auch der Beschäftigungsanstieg verlangsamen.

Erst im übernächsten Jahr dürfte die Konjunktur dann wieder anziehen, weil es deutlich mehr Arbeitstage gibt. Wollmershäuser rechnet mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um **1,6 Prozent**. Im Herbst hatte die Prognose noch auf 1,7 Prozent gelaftet.

Die Volkswirte aus der bayerischen Landeshauptstadt folgen damit ihren Kollegen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Institut für Weltwirtschaft (IfW), die ebenfalls weniger Wachstum erwarten.

12.12.18 - IfW: Wirtschaft erreicht Spätphase des Aufschwungs

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat wie zuvor schon das Berliner DIW seine Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft gesenkt. Die Kieler Ökonomen erwarten für **2018** nun einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um **1,5 Prozent anstatt bislang 1,9 Prozent**.

Für 2019 und 2020 rechnen sie jeweils mit einem Plus von **1,8 Prozent**. Zuvor waren von ihnen 2,0 respektive 1,9 Prozent erwartet worden.

12.12.18 - DIW: Hochkonjunktur in Deutschland ist vorbei

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft nach unten korrigiert und erwartet nun für 2018 einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,5 Prozent und für 2019 von 1,6 Prozent. Dies sind für dieses Jahr 0,3 Prozentpunkte und für kommendes 0,1 Prozentpunkte weniger als im Herbst von den Berliner Ökonomen erwartet. 2020 soll das Wachstum nach der Prognose des DIW 1,8 Prozent betragen.

12.12.18 - Allianz senkt deutsche Wachstumsprognosen für 2018 und 2019

Die Allianz hat ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum Deutschlands im laufenden und kommenden Jahr gesenkt. Wie aus ihrem aktuellen Konjunkturausblick hervor geht, rechnet sie für 2018 nun mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,5 Prozent. Bisher hatte die Prognose auf 2,0 Prozent gelautet. Für 2019 wird nun ein Zuwachs von 1,7 (bisher: 1,9) Prozent erwartet und für 2020 ein Plus von 1,6 Prozent.

12.12.18 - Allianz senkt deutsche Wachstumsprognosen für 2018 und 2019

Die Allianz hat ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum Deutschlands im laufenden und kommenden Jahr gesenkt. Wie aus ihrem aktuellen Konjunkturausblick hervor geht, rechnet sie für **2018** nun mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von **1,5 Prozent**. Bisher hatte die Prognose auf 2,0 Prozent gelautet. Für **2019** wird nun ein **Zuwachs von 1,7 (bisher: 1,9) Prozent** erwartet und für **2020 ein Plus von 1,6 Prozent**.

"Trotz des jüngsten Rücksetzers in Deutschland sprechen die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine, wenn auch moderatere Fortsetzung des Aufschwungs. Dies gilt insbesondere für den privaten Konsum", sagte Chefvolkswirt Michael Heise bei der Vorstellung des Ausblicks in Frankfurt.

Laut Heise bleibt die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung wegen der protektionistischen

US-Handelspolitik und geopolitischer Risiken aber erheblich. Hinzu komme die Unsicherheit in Europa durch den Brexit und die schwierige Lage in Italien. Heise rechnet jedoch damit, dass die Vernunft die Oberhand behalten wird und durch Verhandlungen eine spürbare Eskalation der Konflikte vermieden werden kann.

12.12.18 - DIW: Hochkonjunktur in Deutschland ist vorbei

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft nach unten korrigiert und erwartet nun für 2018 einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von **1,5 Prozent und für 2019 von 1,6 Prozent**.

Dies sind für dieses Jahr **0,3 Prozentpunkte** und für **kommendes 0,1 Prozentpunkte weniger** als im Herbst von den Berliner Ökonomen erwartet. 2020 soll das Wachstum nach der Prognose des DIW 1,8 Prozent betragen.

"Die Zeiten der Hochkonjunktur in Deutschland sind vorbei", erklärte das Institut. Nach einer bis in das Frühjahr 2018 anhaltenden außerordentlich starken Entwicklung normalisiere sich die Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft. Sie werde in diesem Jahr und in den kommenden beiden Jahren aber weiter spürbar wachsen und sich der Normalauslastung nähern.

"Obwohl das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal dieses Jahres sogar erstmals seit langer Zeit gesunken war, ist die Gefahr einer Rezession gering", sagte DIW-Konjunkturchef Claus Michelsen. "Denn der Rückschlag im Sommer hatte seine Ursache vor allem in der Automobilindustrie."

Wegen Problemen bei der Zertifizierung nach den neuen Abgas- und Verbrauchsnormen der EU hätten die Hersteller nicht so viele Autos wie gedacht absetzen können und daraufhin ihre Produktion gedrosselt. Die Produktionsausfälle dürften jedoch im Winter zumindest teilweise nachgeholt werden.

Auch einige andere Aspekte sprechen nach der Analyse der Ökonomen für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends der deutschen Wirtschaft, wenn auch in abgeschwächter Form. Das DIW verwies auf eine "brummende Bauwirtschaft" und eine stabile Arbeitsmarktlage. Die Beschäftigung steige ungeachtet der Sonderentwicklungen weiter, was sich "zunehmend in den Portemonnaies" der Beschäftigten bemerkbar mache.

Die Zahl der Arbeitslosen wird nach der Prognose auf 2,341 Millionen in diesem Jahr, 2,170 Millionen im kommenden und 2,049 Millionen im Jahr 2020 sinken. Die Arbeitslosenquote soll auf 5,2 Prozent im Jahr 2018, 4,8 Prozent 2019 und 4,5 Prozent im Jahr 2020 fallen. Einen merklichen Einkommensschub beschere den privaten Haushalten, dass der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung ab 2019 wieder hälftig von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zu tragen sei. Zudem sinke der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, Grund- und Kinderfreibeträge würden angehoben, und die Mütterrente steige.

Die Unternehmen investierten zwar zunehmend in Maschinen und Anlagen, die ganz große Investitionsoffensive bleibe auch angesichts diverser Unsicherheiten aber aus. "Unter dem Strich deutet viel darauf hin, dass sich das Tempo der deutschen Wirtschaft nach Jahren des überdurchschnittlichen Wachstums normalisiert", erklärte das Institut. Das spiegle sich auch in den öffentlichen Haushalten wider, die nach wie vor mit satten, über die Jahre aber rückläufigen Überschüssen abschließen würden: in diesem Jahr in Höhe von rund 56 Milliarden Euro, im Jahr 2020 dann noch in Höhe von 38 Milliarden Euro.

Derzeit sei das konjunkturelle Bild allerdings "außergewöhnlich unscharf", konstatierten die Experten des DIW. Dazu trage nicht zuletzt die große Unsicherheit über den Fortgang des Brexit bei. Die Ökonomen hielten eine Brexit-Verschiebung oder ein neues Referendum für wahrscheinlicher als einen ungeregelten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

11.12.18 - Trump führt «Sehr produktive Gespräche» mit China

In den Handelskonflikt zwischen China und den USA scheint Bewegung zu kommen. US-Präsident Donald Trump sprach auf Twitter von «sehr produktiven Gesprächen mit China» und stellte «wichtige Ankündigungen» in Aussicht.

Die Nachrichtenagentur Bloomberg meldete unter Berufung auf mit der Sache vertraute Personen, China habe sich in Richtung einer Senkung von Zöllen von importierten Autos aus den USA bewegt. Anfang Dezember hatte Trump bereits Erwartungen auf sinkende Zölle geweckt.

Ein Vorschlag, der die Reduzierung von Zöllen auf amerikanische Autos von derzeit 40 Prozent auf 15 Prozent vorsehe, werde von der chinesischen Regierung in den kommenden Tagen geprüft, hieß es bei Bloomberg weiter. Allerdings könne es noch Veränderungen des Vorschlags geben könnte.

Wie es weiter hieß, hätten Vertreter beider Länder am Dienstagmorgen Ortszeit in Peking ein Telefongespräch geführt. Dabei sei deutlich geworden, dass der Dialog trotz einer diplomatischen Krise im Zuge der Verhaftung einer chinesischen Topmanagerin in Kanada fortgesetzt werden solle.

10.12.18 - EIA senkt Ölpreisprognosen für 2018 und 2019

Die Energy Information Administration (EIA) hat ihre Preisprognosen für WTI und Brent für 2018 und 2019 nach unten genommen. Dies geht aus dem monatlichen Ausblick der Behörde hervor. Demnach wurde die Prognose für den durchschnittlichen WTI-Preis 2018 um 2,4 Prozent auf 55,18 Dollar je Barrel gegenüber November gesenkt. Für das Jahr 2019 wurde die Schätzung um 16,4 Prozent auf 54,19 Dollar reduziert.

11.12.18 - China reduziert Zölle auf US-Autoimporte - Kreise

Für Autoimporte aus den USA nach China werden offenbar künftig nur noch Zölle von 15 Prozent fällig, nachdem es bislang noch 40 Prozent sind. Eine entsprechende An-

kündigung habe ein hoher mit den Handelsfragen befasster Funktionär den Amerikanern gegenüber gemacht, sagte ein Informant. Vizepremier Liu He habe dies in einem Telefonat gegenüber Finanzminister Steven Mnuchin und dem Handelsbeauftragten Robert Lighthizer gesagt.

10.12.18 - Berenberg: Keine Gründe für Rezession in Europa oder USA

Die Privatbank Berenberg rechnet für das nächste Jahr nicht damit, dass es in Europa oder in den USA zu einer Rezession kommen wird. Chefvolkswirt Holger Schmieding sagte bei der Vorstellung seines Ausblick für 2019 in Frankfurt: "Ich sehe weder hier noch in den USA etwas, was eine Rezession rechtfertigen würde." Gleichwohl erwartet Schmieding, dass die US-Notenbank demnächst eine Zinspause einlegen und über einen langsameren Bilanzabbau diskutieren wird, während die bisher von ihm prognostizierte EZB-Zinserhöhung durch den scheidenden Präsidenten Mario Draghi langsam unwahrscheinlicher wird.

Berenberg erwartet, dass die Wirtschaft des Euroraums 2018, 2019 und 2020 um 1,8, 1,3 und 1,7 Prozent wachsen wird und die deutsche Wirtschaft um 1,5, 1,2 und 1,7 Prozent. "Ich erwarte für die nächsten fünf Monate relativ schlechte Daten", sagte Schmieding unter Verweis auf den Zeitraum November 2018 bis März 2019. Danach aber, und darauf beruhten seine Prognosen für 2019, werde sich eine Besserung einstellen. Zu Schmiedings Basis-szenario gehören folgende Punkte:

1. US-Präsident Donald Trump beginnt, spätestens im Frühjahr, sich als Deal-Maker zu profilieren, weil seine Handelspolitik langsam der eigenen Wirtschaft zu schaden beginnt. Die Aufgabe, eine vernünftige Haushaltspolitik zu betreiben, bleibt Trumps Nachfolger überlassen. Die US-Notenbank wird spätestens Mitte 2019 eine Zinspause einlegen und dann überlegen, ob sie den Abbau ihrer Bilanz verlangsamt oder ganz beendet.
2. Es kommt zu keinem harten Brexit, sondern entweder zu einem Verbleib in der Zollunion, einer Norwegen-Lösung oder sogar einem neuem Referendum über den EU-Austritt. In diesem Szenario erhöht die Bank of England im Mai und im November ihren Leitzins um je 25 Basispunkte.
3. Die chinesische Wirtschaft verliert nicht mehr so viel Schwung wie zuletzt. "Was immer sie tun müssen, um die Bevölkerung halbwegs zufrieden zu stellen, werden sie tun", lautet Schmiedings Prognose. Weder hohe Mittelabflüsse, noch zu geringe Ersparnisse oder die Inflation sprächen gegen höhere Staatsausgaben.
4. In den Schwellenländern läuft es besser. Schmieding nennt als zwei Beispiele die Türkei, wo die Wirtschaft im Winter "auf dem Boden aufschlagen" werde und Brasilien. Für beide erwartet er für 2019 eine Erholung.

Wenn die oben genannten Sonderfaktoren das Wachstum nicht belasten, dann seien 2019 annualisierte BIP-Wachstumsraten von 1,25 Prozent im Euroraum und 1,2 Prozent in Deutschland möglich. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird nach seiner Einschätzung ihre Nettoanleihekäufe auslaufen lassen, was für sich genommen auch keine negativen Konjunkturreffekte haben dürfte.

"Allerdings kommt das Ende von QE zu einem Zeitpunkt, wo die Konjunktur schwächelt - das wird die EZB am Donnerstag erklären müssen", sagte Schmieding. Die bisher prognostizierte Zinserhöhung im Oktober 2019 steht seiner Einschätzung nach "auf der Kippe". "Ich glaube aber, dass die EZB im vierten Quartal 2019 etwas beim Einlagensatz machen wird, dann kann Herr Draghi das ja noch im Oktober ankündigen", sagte Schmieding. Diskussionen über neue sehr langfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) hält Schmieding für mindestens drei Monate verfrüht.

10.12.18 - OECD-Frühindikator: Schwächeres Wachstum jetzt auch in den USA

Der Frühindikator der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterstreicht im Oktober die nachlassende Wachstumsdynamik in vielen großen Mitgliedsstaaten, die ansetzt, jetzt auch auf die USA überzugreifen. Er setzt damit seinen seit Monaten zu beobachtenden moderaten Rückgang fort.

Im Oktober **sank der Frühindikator** für den gesamten OECD-Raum **um 0,1 auf 99,4** Punkte, für Deutschland ebenfalls um 0,1 auf 99,8 Punkte.

Anzeichen einer Konjunkturverlangsamung gebe es für Großbritannien und die Eurozone insgesamt, einschließlich Frankreich und Italien, aber auch in geringerem Maße für Deutschland, erklärte die OECD, eine von 35 Industriestaaten betriebene Denkfabrik.

Für die USA drehten die Indikatoren auf vorläufige Signale eines langsameren Wachstums, nachdem es im Vormonat noch als stabil galt. Japan dagegen verzeichnet ein stabiles Wachstum.

Der Frühindikator der OECD dient dazu, sehr früh Anzeichen für konjunkturelle Wenden festzustellen. Die OECD spricht davon, dass Wendepunkte relativ zum Trend sechs bis neun Monate vor der Änderung antizipiert werden sollen.

Unter den großen Schwellenländern zeigt der Frühindikator für den Industriesektor in China weiter ein stabiles Wachstum, gleiches gelte für Indien. In Brasilien und Russland zeichnet sich nach OECD-Angaben eine nachlassende Dynamik ab. Diese vier Länder gehören nicht zur OECD, aber wegen ihrer globalen Bedeutung für die Wirtschaft erhebt die Organisation dennoch Frühindikatoren.

06.12.18 - Fed/Beige Book: Moderates Wirtschaftswachstum in den meisten Distrikten

Die US-Wirtschaft ist einer Erhebung der US-Notenbank zufolge weiterhin robust. Die meisten der zwölf Distrikte der Federal Reserve meldeten für den Zeitraum von Mitte Oktober bis in den späten November ein moderates Wirtschaftswachstum, wie aus dem Konjunkturbericht "Beige Book" hervorgeht. Dallas und Philadelphia wiesen ein langsames Wachstum im Vergleich zum vorherigen Bemessungszeitraum für das Beige Book auf. St. Louis und Kansas City meldeten lediglich ein marginales Wachstum.

Arbeitskräfte sind nach wie vor gefragt. Aus über der Hälfte der Fed-Distrikte kamen Meldungen von Unterneh-

men, deren Produktion und Expansion von dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gebremst wird. **Das Lohnwachstum tendierte meist in Richtung eines höheren moderaten Wachstums.**

Die Preise zogen größtenteils weiter an. **Von Kostensteigerungen aufgrund von Zöllen waren nicht mehr nur Hersteller, sondern auch Händler und Restaurants betroffen.** In einigen Distrikten fielen die Ölpreise, wobei die Frachtkosten zulegten. In der Mehrheit der Märkte stiegen die Hauspreise weiter an.

Mit ihrem "Beige Book" bereitet die US-Notenbank die jeweils nächste Ratssitzung vor. Es gibt kaum Zweifel, dass die Fed am 19. Dezember ihre vierte Zinserhöhung in diesem Jahr vornehmen wird, die Terminmärkte preisen eine Erhöhung um 25 Basispunkte zu fast 80 Prozent ein.

Fed-Chef Jerome Powell hat zuletzt ein vorsichtigeres Vorgehen bei künftigen Leitzinserhöhungen signalisiert. Er sagte, die aktuelle Leitzinsspanne von 2,00 bis 2,25 Prozent liege nur "knapp unter" dem neutralen Niveau, bei dem die Wirtschaft weder gefördert noch gebremst werde. Der Zinspfad im Jahr 2019 dürfte damit etwas flacher ausfallen; bisher hatte die Fed für 2019 drei weitere Zinserhöhungen in ihren Projektionen.

04.12.18 - Chemiebranche schaut verhalten ins neue Jahr

Die fetten Jahre für die deutsche Chemieindustrie sind zunächst einmal vorüber. Handelskonflikte, Brexit und Abkühlung der deutschen Konjunktur werden im kommenden Jahr Spuren auch in Deutschlands drittgrößter Industrie hinterlassen. Sie wird zwar weiter wachsen, aber nicht mehr so deutlich wie in den Vorjahren.

"Wir halten im kommenden Jahr ein bescheidenes Wachstum im Chemiegeschäft für erreichbar", sagte VCI-Präsident Hans Van Bylen am Dienstag in Frankfurt. **Ohne unerwartete größere Rückschläge dürfte die Chemie- und Pharmaindustrie ihre Produktion 2019 voraussichtlich um 1,5 Prozent steigern.** Die Chemieprodukte dürften sich nach Schätzung des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) um 1,0 Prozent verteuern. Der Umsatz der Branche soll dann um 2,5 Prozent zulegen.

2018 wird die Branche erstmals die Umsatzmarke von 200 Milliarden Euro übertreffen. Die Einnahmen sind nach vorläufigen Zahlen um 4,5 Prozent auf 204 Milliarden Euro gestiegen, getragen vor allem vom Export. Der Auslandsumsatz erhöhte sich um 5,5 Prozent.

Insgesamt habe sich die Stimmung in den Chemie- und Pharmaunternehmen zum Jahresende aber abgekühlt, stellte Van Bylen fest. Entsprechend wuchs die Produktion im Jahresvergleich nur um 2,5 Prozent und damit langsamer als noch im November mit 3,5 Prozent erwartet. Das Plus verdankt die Branche allein der boomenden Pharmaindustrie - sie legte um satte 11,5 Prozent zu. Andere Bereiche verzeichneten dagegen Rückgänge. Die Produktion von anorganischen Grundstoffen sank 2018 um 2,5 Prozent. Bei Polymeren und in der Petrochemie ging die Produktion jeweils um 2 Prozent zurück.

Bei den Erzeugerpreisen schnitt die Branche etwas besser ab als erwartet, sie nahmen um 2 und nicht nur um 1,5 Prozent zu.

04.12.18 - VDMA: Auftragseingang wächst kräftig trotz Verunsicherungen

Die Maschinenbauer in Deutschland haben im Oktober ihren Auftragseingang trotz zahlreicher Unsicherheitsfaktoren kräftig steigern können. Insgesamt legten die Neuaufräge um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) meldete. "Die regionale Differenzierung wies dabei keine großen Unterschiede auf", erklärte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers.

Die Bestellungen aus dem Inland legten um 11 Prozent zu, die Auslandsorders wuchsen um 12 Prozent. Die Orders aus dem Euroraum erhöhten sich um 10 Prozent, aus den Nicht-Euro-Ländern kamen 13 Prozent mehr Bestellungen.

"Der Maschinenbau zeigt sich damit robust, die Stagnation im Auftragseingang des Septembers konnte deutlich relativiert werden", sagte Wiechers. Insgesamt erreichte der Auftragseingang in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres damit ein Plus von 7 Prozent.

Im Dreimonatsvergleich bis Oktober lagen die Bestellungen insgesamt um real 6 Prozent über dem Vorjahreswert. Das Inland verbuchte in diesem Zeitraum einen Auftragszuwachs von 8 Prozent, die Auslandsorders legten um 5 Prozent zu. Die Bestellungen aus dem Euroraum wuchsen um 3 Prozent, aus den Nicht-Euro-Ländern kamen 5 Prozent mehr Aufträge.

Der VDMA vertritt mehr als 3.200 Betriebe des mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbaus. Mit aktuell 1,4 Million Beschäftigten im Inland und einem Umsatz von 224 Milliarden Euro (2017) ist die Branche größter industrieller Arbeitgeber in Deutschland.

01.12.18 - G-20 USA - China

Aktuell kommt es zu politischem Rückenwind für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte, eine angenehme Erfahrung nach den bisherigen Ereignissen 2018.

Das G-20 Treffen lieferte ein Ergebnis am oberen Ende der Erwartungen.

Der Blick auf die Fakten:

- Anders als bei dem APEC-Gipfel gab es eine Abschlusserklärung, die Ausdruck eines Minimalkonsenses war.
- Donald Trump und Xi Jinping haben einen 90-tägigen vereinbart.
- Die USA verzichten zunächst auf Zollerhöhungen.
- China beabsichtigt, mehr US-Produkte zu kaufen.
- Verhandlungen über den Schutz geistigen Eigentums und Technologietransfer würden fortgesetzt.
- China baut laut Trump Einfuhrzölle für US-Importautos ab. Peking hätte zugesagt, die Abgaben zu reduzieren und zu entfernen (aktuell 40%).

Der Blick auf die Katalysatoren dieser Einigungen:

- Die global vernetzte Wirtschaft (Komplexität) mit in-Lieferketten erfordert internationale Kooperation der unter-

schiedlichen politischen Räume, da es keine nationalstaatlichen autarken Wirtschaftsräume mehr gibt.

• Die disruptive US-Politik hat sukzessive die ausgesprochen gute Basis der Weltwirtschaft zu Jahresbeginn 2018 erodiert und zuletzt Bremseffekte in der US-Wirtschaft zur Folge gehabt. Der Grenznutzen dieser US-Politik ist erreicht. • Die US-Unternehmerverbände und US-Unternehmen haben sich zuletzt verstärkt gegen die US-Handelspolitik gestellt und deutlich gemacht, dass die US-Wirtschaft unter den Folgen perspektivisch nicht Boden gut machen würde, sondern Boden verlieren würde.

• China hat sich unter dem aufgebauten Druck weiter geöffnet als man es zu Jahresbeginn unterstellen konnte (z. B. BMW-Werk mit 75% Anteil BMW in China, Allianz-Versicherung). Der Rest der Welt profitiert von dem US-Druck auf China, lediglich bisher die USA nicht wegen des bilateralen Handelskonflikts.

• Die disruptive US-Politik hat im Rest der Welt zu einer Bereitschaft geführt, begründete US-Kritikpunkte aufzunehmen und Veränderungsprozesse einzuleiten (u.a. WTO, Status China). Der Erfolg von Politik basiert auf der Kunst der Diplomatie. Miteinander zu reden, ist besser als übereinander zu reden, wenn man es mit Lösungen ernst meint.

Diesbezüglich bietet das G-20 Treffen einen Hintergrund für Zuversicht, jedoch nicht für Euphorie.

Der disruptive Stil aus den USA war und ist der Katalysator für Veränderungen im globalen Organigramm. Dabei gibt es zwei Facetten:

• Positiv ist anzumerken, dass ohne diese Disruption die Veränderung der Position Chinas nicht möglich gewesen wäre. China hat fraglos davon profitiert, die eigenen Märkte abzuschotten oder nur unter Auflagen zugänglich zu machen. So berechtigt das zu dem Zeitpunkt des Beitritts zur WTO gewesen sein mag (2001), so unangemessen war es nach der fulminanten Entwicklung, die China seit 2001 genommen hat. Es gilt und galt zuletzt, Augenhöhe im internationalen Wirtschaftsverkehr herzustellen. An dieser Stelle eine an Trump, denn der evolutionäre Ansatz der letzten Jahre war im diplomatischen Verkehr im Rahmen evolutionärer Anpassungen mit Peking nicht von Erfolg gekrönt.

• Negativ ist und bleibt die Ablehnung der USA der multilateralen Realität (global aktiver Kapitalstock). Der Versuch, den Hegemonialstatus der USA zu prolongieren, indem man die multilateralen Verbindungen und/oder Verpflichtungen in Abrede stellt, um unilateral die eigene Größe gegenüber einzelnen Ländern anzuwenden, mag kurzfristig Erfolge mit sich bringen (Kanada, Mexiko). Diese Politik des Gegeneinander bei abnehmender ökonomischer Bedeutung der USA (Anteil an der Weltwirtschaft) stellt ultimativ mittel- und langfristig die Basis für eine Isolierung der USA.

29.11.18 - HWWI: Konjunktur schwenkt unter Potenzialpfad

Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) hat seine Prognose für das deutsche Wachstum in diesem Jahr von 1,9 auf 1,6 Prozent gesenkt. Für 2019 und 2020 erwartet das Institut kalenderbereinigt ein Wachstum von jeweils 1,4 Prozent.

"Das läge etwas unterhalb des Potenzialpfads." Nicht kalenderbereinigt rechnen die Ökonomen für 2020 mit 1,7 Prozent Wachstum.

Die Abwärtsrevision für 2018 begründeten sie mit dem

durch Sondereffekte bedingten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal. Vieles spreche dafür, dass ein erheblicher Teil der Ausfälle in der Autoindustrie vom dritten Quartal im Folgevierteljahr nachgeholt werde. Das reale BIP dürfte sich dann wieder merklich erhöhen.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt bliebe aber günstig, hob das HWWI in der Mitteilung hervor. Die Arbeitslosenquote, die jüngst unter 5 Prozent gesunken sei, werde sich weiter verringern. Das HWWI erwartet einen Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 2,34 Millionen in diesem, 2,23 Millionen im kommenden und 2,17 Millionen im übernächsten Jahr. Die Arbeitslosenquote sehen sie bei 5,0 Prozent 2018, 4,7 Prozent 2019 und 4,6 Prozent 2020.

Für die privaten Konsumausgaben veranschlagt das HWWI Steigerungen um 1,2 Prozent in diesem sowie 1,3 und 1,4 Prozent in den beiden kommenden Jahren. Für die Anlageinvestitionen kalkuliert das Institut mit Zuwächsen von 3,2, 3,4 und 2,9 Prozent. Die Ausfuhren sollen um 2,2, 3,4 und 4,9 Prozent zunehmen, während für die Einfuhren Steigerungen um 3,4, 4,1 und 4,7 Prozent erwartet werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise, die zuletzt die 2-Prozent-Marke deutlich überschritten habe, werde sich dieser wieder annähern.

"Die Konjunktur in Deutschland, die sich bis Sommer in einem lang anhaltenden Aufschwung befand, ist im Herbst ins Stottern geraten", konstatierten die Hamburger Wirtschaftsforscher. Zur Abschwächung hätten auch die zunehmenden politischen Unsicherheiten, wie die von den USA ausgehenden Handelsstreitigkeiten, die Brexit-Quereilen oder der Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU beigetragen. Die weiteren Konjunkturperspektiven würden denn auch "von nicht unerheblichen politischen Risiken überschattet". Diese kämen vor allem von außen.

27.11.18 - IAB-Arbeitsmarktbarometer steigt zum dritten Mal in Folge

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer hat im November zum dritten Mal in Folge zugelegt. Der Frühindikator des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg gegenüber dem Vormonat um 0,3 auf 104,5 Punkte. Der Arbeitsmarktaufschwung setze sich damit trotz der sich eintrübenden Konjunktur fort, erklärte das Institut.

"Am Konjunkturmorgen ziehen zwar Wolken auf, aber die Arbeitsagenturen sehen weiter einen kräftigen Aufwärtstrend bei der Beschäftigung", sagte Enzo Weber, Leiter des IAB-Forschungsbereichs. Entsprechend legte die Beschäftigungskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers im November deutlich von 106,5 auf 107,0 Punkte zu. "Der starke Arbeitsmarkt ist gerade bei weltwirtschaftlichen Turbulenzen die wichtigste Stütze der Binnenkonjunktur", sagte Weber.

Die Arbeitslosigkeitskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers verbesserte sich im November um 0,2 auf 102,0 Punkte und damit bereits zum fünften Mal in Folge. "Die Arbeitslosigkeit sinkt vor allem, weil immer weniger entlassen wird", erklärte Weber. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitskräfteknappheit würden die Betriebe sich Beschäftigte sichern und Jobwechsel fänden immer öfter direkt ohne den Weg über die Arbeitslosigkeit statt.

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer ist ein Frühindikator, der auf einer monatlichen Umfrage der Bundesagentur für Arbeit unter allen lokalen Arbeitsagenturen basiert. Die Skala reicht von 90 (sehr schlechte Entwicklung) bis 110 (sehr gute Entwicklung).

27.11.18 - Ifo: Exporterwartungen erholen sich im November

Die Stimmung in der deutschen Exportwirtschaft hat sich im November etwas erholt. Die Ifo-Exporterwartungen der Industrie stiegen auf 12,2 von 11,7 Saldenpunkten im Vormonat. "Die Exporteure behaupten sich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld", erklärte das Institut.

Für den Anstieg sind vor allem die chemische Industrie sowie die Nahrungs- und Genussmittelhersteller verantwortlich. Auch die Textilindustrie erwartet steigende Umsätze im Ausland.

Merkliche Dämpfer mussten hingegen die Unternehmen aus dem Maschinenbau und der Elektrobranche verkraften. Sie erwarten geringere Zuwachsraten mit Blick auf die kommenden Monate. In der Autoindustrie gibt es gegenwärtig weder eine Auf- noch eine Abwärtstendenz

23.11.18 - Lageraufbau wichtigster Wachstumstreiber im dritten Quartal

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist im dritten Quartal 2018 vom Lageraufbau und den Bruttoanlageinvestitionen gestützt worden, während der Außenhandel und der private Konsum bremsen.

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts (Destatis) trugen die Lagerveränderungen zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 0,7 (zweites Quartal: 0,2) Prozentpunkte bei, die Bauinvestitionen 0,1 (0,1) Punkt und die Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls 0,1 (0,0) Punkt. Dagegen minderten der Außenbeitrag die BIP-Quartalsrate um 1,0 (minus 0,2) Punkte und der private Konsum um 0,1 (plus 0,2) Punkte.

Destatis bestätigte in zweiter Veröffentlichung einen Rückgang des BIP um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Gegenüber dem Vorjahr stieg das BIP kalenderbereinigt um 1,1 (2,0) Prozent, womit die vorläufige Schätzung vom 14. November ebenfalls bestätigt wurde.

Laut Destatis sank der Privatkonsum gegenüber dem Vorquartal um 0,3 (plus 0,3) Prozent, während der Staatskonsum um 0,2 (0,8) Prozent zunahm. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 4,2 (1,6) Prozent und die Bruttoanlageinvestitionen um 0,8 (0,5) Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich um 0,8 (0,1) Prozent und die Bauinvestitionen um 0,9 (0,9) Prozent. Die Exporte sanken um 0,9 (plus 0,8) Prozent, während die Importe um 1,3 (1,5) Prozent anzogen. Die inländische Verwendung insgesamt stieg um 0,8 (0,7) Prozent.

21.11.18 - OECD senkt Konjunkturprognose für Deutschland - Italien schwächelt

In Deutschland dürfte der Aufschwung in den kommenden Jahren spürbar an Schwung verlieren. In ihrem am Mittwoch veröffentlichten Konjunkturbericht hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Wachstumsprognosen gesenkt. In diesem Jahr und im kommenden Jahr erwarten die Forscher der Organisation mit Sitz in Paris nur noch ein Wirtschaftswachstum von jeweils 1,6 Prozent. In der vorangegangenen Prognose im September waren sie noch von einem Wachstum von 1,9 Prozent beziehungsweise 1,8 Prozent ausgegangen.

Trotz der Prognosesenkung gehen die OECD-Forscher davon aus, dass der deutsche Aufschwung weiterhin "solide" verlaufen werde. Gestützt werde die Konjunktur unter anderem durch den weiter robusten Arbeitsmarkt mit einem starken Lohnwachstum. Dagegen werde die Exportwirtschaft der größten europäischen Volkswirtschaft durch Unsicherheiten im Welthandel belastet.

Auch für die Eurozone erwartet die OECD ein geringeres Wachstum als im September. Weniger Wachstum wird auch in Italien prognostiziert. Das italienische Wachstum dürfte mit 1,0 Prozent in diesem Jahr und mit 0,9 Prozent im kommenden Jahr merklich unter dem Durchschnitt der Eurozone liegen. Dabei ist die Regierung in Rom auf ein robustes Wachstum angewiesen, wenn sie ihre Pläne für die Neuverschuldung einhalten will.

Für die Weltwirtschaft rechnet die OECD in diesem Jahr weiterhin mit einem Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent. Im kommenden Jahr werde die globale Wirtschaftsleistung aber nur noch um 3,5 Prozent zulegen, nachdem im September noch ein Wachstum um 3,7 Prozent erwartet worden war.

19.11.18 - Bundesbank: Hochkonjunktur in Deutschland dauert an

Der Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im dritten Quartal ist nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank nur ein von außerordentlichen Umständen begünstigter Ausreißer gewesen. In ihrem aktuellen Monatsbericht für November macht die Bundesbank neben den Problemen des Kfz-Sektors mit dem neuen Abgasprüfverfahren sowie der Hitze und Trockenheit des Sommers allerdings auch gestiegene Energiepreise für den BIP-Rückgang verantwortlich. "Ungeachtet dieser vorübergehenden Sondereinflüsse dauert die Hochkonjunktur in Deutschland an", heißt es in dem Bericht.

Für das vierte Quartal äußerte sich die Bundesbank optimistisch: "Zum Jahresende dürfte die deutsche Wirtschaft wieder recht kräftig expandieren." Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten würden weiterhin weit überdurchschnittlich ausgelastet.

Das BIP war im dritten Quartal laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts (Destatis) um 0,2 Prozent gesunken, nachdem es im zweiten Quartal noch um 0,5 Prozent gestiegen war. Die zweite Schätzung mit Detailangaben zu den Wachstumsbeiträgen veröffentlicht Destatis am Freitag (8.00 Uhr).

Die Bundesbank geht davon aus, dass es neben erheblichen Problemen bei der Einführung eines neuen EU-weiten Abgasmessverfahrens zu umfangreichen Produktionsausfällen und auch zu einem Einbruch der Ausfuhren von Kraftfahrzeugen gekommen ist. Zugleich sei der private Verbrauch als wichtige konjunkturelle Triebkraft vorübergehend ausgefallen.

16.11.18 - EZB-Präsident Draghi dämpft Wachstumsorgen

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, ist Befürchtungen eines baldigen Endes des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs entgegengetreten. Mit Blick auf zuletzt schwächere Wirtschaftsdaten sagte Draghi auf einer Konferenz am Freitag in Frankfurt: "Es gibt sicher keinen Grund, warum das Wachstum im Euroraum abrupt enden sollte." Die Wirtschaft der Eurozone wachse seit etwa fünf Jahren, und die EZB erwarte, dass sich das Wachstum in den nächsten Jahren fortsetze. Draghi erklärte, **eine graduelle Verlangsamung des Wachstums sei normal, wenn der Konjunkturzyklus reife und sich das Wachstum seinem langfristigen Potenzial annähere. Allerdings sei die Wachstumsphase im Euroraum noch relativ kurz und gering in ihrem Ausmaß.**

Draghi führte aus, dass seit 1975 wirtschaftliche Aufschwünge im Gebiet des Euroraums durchschnittlich knapp acht Jahre angehalten und eine Steigerung der Wirtschaftsleistung um 21 Prozent bewirkt hätten. Der gegenwärtige Aufschwung dauere dagegen erst fünfeneinhalb Jahre an mit einem Zugewinn an Wirtschaftskraft um 10 Prozent. Dagegen sei der Aufschwung in den USA mit gut neun Jahren wesentlich länger.

Darüber hinaus sei die aktuelle Konjunkturabschwächung auch auf zeitweilige Faktoren wie Probleme bei der Einführung neuer Abgastests in der Autoindustrie zurückzuführen. Trotz großer Risiken im Außenhandel infolge zahlreicher Handelsstreitigkeiten sei der Wachstumsausblick immer noch als weitgehend ausgewogen zu bezeichnen. Gestützt werde das Wachstum durch die immer noch solide Binnennachfrage

14.11.18 - Deutsche Wirtschaft von Autoindustrie ausgebremst

Die deutsche Wirtschaft ist zum ersten Mal seit dreieinhalb Jahren wieder geschrumpft. Belastet von schwächelnden Exporten und sinkenden Konsumausgaben der Verbraucher verringerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) berichtete. Von Dow Jones Newswires befragte Volkswirte hatten nur einen Rückgang um 0,1 Prozent prognostiziert.

14.11.18 - DIW: Konjunkturlage wirkt schlechter als sie ist

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Konjunkturlage in Deutschland trotz einer Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im dritten Quartal weiter positiv bewertet. Dass die Wirtschaftsleistung geringer ausgefallen sei, sei "nicht unerwartet" gekommen, erklärte DIW-Konjunkturexperte Simon Junker.

14.11.18 - Ifo-Präsident erwartet längere Konjunkturschwäche

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird nach Auffassung von Ifo-Präsident Clemens Fuest nicht so kräftig weitergehen wie im vergangenen Jahr. "Die schlechten Zahlen für das dritte Quartal liegen nicht allein an den Autos. Der Ifo-Geschäftsklimaindex fällt seit Beginn des Jahres, mit einer kurzen Unterbrechung im Spätsommer", sagte Fuest dem Handelsblatt.

Die Daten des Ifo-Instituts zeigten seit einigen Monaten, dass die Unternehmen eine wachsende Unsicherheit für die Aussichten sehen. "Die Lage in Italien, der US-Protektionismus und der Brexit tragen dazu bei", sagte Fuest.

Als stabilisierenden Faktor nennt er die Binnenkonjunktur, getrieben durch steigende Löhne und steigende Beschäftigung. "Der aktuelle Einbruch bei den Autozulassungen ist nur ein vorübergehendes Problem für die Konsumnachfrage", sagte er.

Die deutsche Wirtschaft ist im dritten Quartal zum ersten Mal seit dreieinhalb Jahren wieder geschrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt sank um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Ein wesentlicher Grund für die Schwäche dürften die Absatzprobleme der deutschen Autoindustrie gewesen sein, die nach der Einführung eines neuen Abgasverfahrens eintraten. Aber auch die Exporte gingen angesichts der Handelsstreitigkeiten zurück.

12.11.18 - OECD-Frühindikator deutet weiter auf schwächeres Wachstum

Der Frühindikator der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) deutet weiter auf eine **nachlassende Wachstumsdynamik in vielen großen Mitgliedsstaaten**. Derartige Anzeichen gebe es für Großbritannien und die Eurozone, einschließlich Frankreich, Italien und Deutschland, erklärte die OECD, eine von 35 Industriestaaten betriebene Denkfabrik. Im September sank der Frühindikator für den gesamten OECD-Raum **um 0,1 auf 99,5 Punkte**.

Für die USA weisen die Indikatoren auf ein stabiles Wachstum, ebenso für Japan und Kanada. Der Frühindikator der OECD dient dazu, sehr früh Anzeichen für konjunkturelle Wenden festzustellen. Die OECD spricht davon, dass Wendepunkte relativ zum Trend sechs bis neun Monate vor der Änderung antizipiert werden sollen.

Unter den großen Schwellenländern zeigt der Frühindikator für Indien weiterhin eine zunehmende Wachstumsdynamik, während für den Industriesektor in China eine stabile Entwicklung signalisiert wird. In Brasilien und Russland zeichnet sich eine nachlassende Dynamik ab. Diese vier Länder gehören nicht zur OECD, aber wegen ihrer globalen Bedeutung für die Wirtschaft erhebt die Organisation dennoch Frühindikatoren.

11.10.18 - Ifo-Weltwirtschaftsklima zum dritten Mal in Folge eingetrübt

Das Ifo-Weltwirtschaftsklima ist das dritte Mal in Folge zurückgegangen. Der Indikator sank im vierten Quartal von plus 2,9 auf minus 2,2 Punkte, wie das Institut berichtete. Die Lagebeurteilung verschlechterte sich stark, sie liegt aber immer noch über ihrem langjährigen Durchschnitt. Auch die Erwartungen gingen deutlich zurück. "Das Wachstum der Weltwirtschaft flaut ab", schrieb das Ifo-Institut.

Das Wirtschaftsklima verschlechterte sich insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Mit Ausnahme Lateinamerikas fielen die Erwartungen deutlich stärker als die Beurteilung der aktuellen Lage. Dagegen zog das Wirtschaftsklima in Lateinamerika aufgrund optimistischerer Erwartungen an. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb das Wirtschaftsklima weitgehend unverändert. Hier zeigt sich aber eine Zweiteilung: Während sich in den USA die Lagebeurteilung und die Erwartungen verbesserten, kühlten sie in der Europäischen Union ab.

Den befragten Experten zufolge schlagen sich die verschlechterten weltweiten Erwartungen insbesondere in einem schwächeren privaten Konsum nieder, während die erwartete Investitionstätigkeit nicht weiter zurückgeht. Die Experten erwarten zudem ein deutlich schwächeres Wachstum des Welthandels, wohl auch, weil sie nicht davon ausgehen, dass bestehende Handelsbarrieren abgebaut werden. Insgesamt rechnen sie mit einem Anstieg des globalen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 3,6 Prozent in den kommenden Jahren.

Das Ifo-Institut befragt vierteljährlich Experten aus einer Vielzahl von Ländern zur Konjunkturentwicklung und zu anderen Wirtschaftsdaten in ihrem jeweiligen Beobachtungsgebiet. An der Erhebung im November nahmen 1.230 Experten aus 119 Ländern teil.

09.11.18 - EU will Anfang 2019 in Handelsgespräche mit den USA einsteigen

Die EU bereitet sich auf konkrete Verhandlungen über eine endgültige Beilegung des Handelsstreits mit den USA vor. Angesichts der weiter drohenden US-Sonderzölle auf Autoimporte aus Europa müsse man schnell sein, sagte die aktuelle Vorsitzende im Handelsministerrat, Margarete Schramböck, am Freitag am Rande von EU-Beratungen in Brüssel.

Die Verhandlungen mit den USA sollten **Anfang des kommenden Jahres beginnen können**. Dafür muss nun zunächst ein Verhandlungsmandat für EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström beschlossen werden.

09.11.2018 Der deutsche Wirtschaftsstaatssekretär Ulrich Nussbaum mahnte Eile bei den Vorbereitungen an. "Die Entscheidung muss irgendwann zeitnah fallen, weil ich nicht glaube, dass die Amerikaner uns sehr viel Zeit lassen", sagte er.

Der Handelsstreit mit den USA war durch die Einführung von US-Sonderzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte entbrannt und hat zur Einführung von EU-Vergeltungszöllen auf US-Produkte geführt. Eine im Juli zwischen US-Präsident Donald Trump und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker getroffene Vereinbarung sieht zur Schlichtung nun vor, dass beide Seiten Gespräche über die Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter beginnen und vorerst keine neuen Sonderzölle verhängen.